

Milliardenloch in der Hessen-Bilanz – was dahintersteckt.

Von Jens Kleindienst

Verdoppelter Personalaufwand, hohes Defizit, negatives Eigenkapital: Der Landesrechnungshof wartet mit beunruhigenden Finanzdaten auf. Eine Erklärung, was die Zahlen bedeuten.

Wiesbaden. Es war ein Detail in seinen „Bemerkungen 2023“, [die der Hessische Rechnungshof vor einigen Tagen präsentierte](#). Von einer glatten Verdoppelung des Personalaufwands des Landes war die Rede – wohlgemerkt binnen eines Jahres. Anlass genug, nachzuhaken, was es mit damit auf sich hat. Droht Hessen mittelfristig die Pleite?

In ihren „Bemerkungen“ blicken die Rechnungsprüfer stets auch auf die Leistungsbilanz des Landes, wobei dies jeweils mit einem Jahr Verzug geschieht. Wichtig: Die Betrachtung orientiert sich an der kaufmännischen (doppischen) Buchführung und unterliegt somit anderen Regeln als die klassische (kameralistische) Haushaltsaufstellung. Während bei letzterer – vereinfacht ausgedrückt – saldiert wird, wie viel Geld hereinkommt und wie viel ausgegeben wird, fließen in die kaufmännische Betrachtung auch künftige Verpflichtungen ein; außerdem wird geschaut, wie sich der Vermögensstock entwickelt hat, also das Eigenkapital.

Ein Riesenberg an künftigen Pensionszahlungen

Zum Personalaufwand 2023 des Landes erklärte [der demnächst aus dem Amt scheidende Rechnungshofpräsident Walter Wallmann](#): „Der Personalaufwand stellt mit 26,6 Milliarden Euro die größte Aufwandsposition des Landes dar und hat sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt.“

Wie lässt sich dieser starke Anstieg erklären? Hauptursache war laut Wallmann eine „finanzmathematische Anpassung bei Pensionen und Beihilfen“. Zusätzlich hätten auch deutliche Gehaltserhöhungen für Landesbedienstete zur Kostensteigerung beigetragen. Die wachsenden Ansprüche ehemaliger Beamter belasten die doppische Bilanz deutlich – im klassischen Haushalt tauchen sie jedoch nicht auf. Das Problem der stetig wachsenden Pensionspflichten haben im Übrigen auch andere Bundesländer.

In der Vermögensbilanz Hessens standen Ende 2022 schon rund 100 Milliarden Euro Rückstellungen für künftige Pensionen und Beihilfen (für die private Krankenversicherung der Beamten) – Ende 2023 waren es dann 109,5 Milliarden Euro. Die Dimension der Rückstellungen ist schwindelerregend. Zum Vergleich: Die Gesamtausgaben im Landesetat sollen 2025 bei rund 38 Milliarden liegen.

Die massiv erhöhten Rückstellungen schlagen auf die Schlussbilanz 2023 des Landes durch: Hier stand ein sattes Minus von 9,1 Milliarden Euro. Ursache dafür war laut Rechnungshof „weniger, dass plötzlich viel mehr Geld ausgegeben wurde, sondern vor allem eine große, gesetzlich vorgeschriebene Neuberechnung der

Pensionsverpflichtungen, die unter den neuen Annahmen viel höher ausfielen und das Jahresergebnis entsprechend belasteten“.

Dazu passt, dass die haushaltswirksamen Personalausgaben laut Finanzministerium 2023 „nur“ um 0,9 auf 9,8 Milliarden Euro gestiegen sind. Auch hat Hessen seinen Etat 2023 ohne neue Schulden ausgleichen können. Gleichwohl ist auch im (doppischen) Geschäftsbericht 2023 des Hauses von Finanzminister Alexander Lorz (CDU) von einer „bedrohlichen Ertragslage“ die Rede. Immerhin: „Entsprechende Sondereffekte sind für das Jahr 2024 nicht zu erwarten.“

Wie ist es um das Eigenkapital des Landes bestellt?

Beunruhigend ist auch die Entwicklung des hessischen Vermögensstocks. Sie ist seit vielen Jahren negativ, wobei sich der Trend zuletzt beschleunigt hat. Konkret: Laut Rechnungshof reduzierte sich das Eigenkapital Hessens 2023 gegenüber dem Vorjahr von minus 129,3 auf minus 138,3 Milliarden Euro. Bei der Eröffnungsbilanz 2009 betrug der negative Saldo „nur“ knapp 65 Milliarden. Trotz aller Anstrengungen rutscht das Land also immer mehr in die bilanzielle Verschuldung, die ein Privatunternehmen längst zum Insolvenzgericht gebracht hätte.

Immerhin sei es Hessen 2023 gelungen, sein Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Verkehrsinfrastruktur und Wertpapiere) durch Investitionen gerade so auf dem Niveau von gut 31 Milliarden Euro zu erhalten, sagte Wallmann. Er warnte jedoch: „Trotzdem stellen wir in der Praxis einen Investitionsstau in vielen Bereichen fest. Dies gefährdet die Zukunftsfähigkeit und tangiert die Generationengerechtigkeit unseres Landes, weil damit von der Substanz gelebt wird.“

Was folgt aus den vielen Zahlen? Zwar ist es dem Land Hessen in den vergangenen Jahren gelungen, ausgeglichene Haushalte vorzulegen und die Verschuldung bei etwa 50 Milliarden Euro zu stabilisieren. Diesen Kurs fortzusetzen, dürfte schwer genug werden. Die eigentliche Herausforderung stellen aber die riesigen Belastungen dar, die sich am Horizont abzeichnen. Diese zu meistern, wird durch den stetigen Aufbau von Personal nicht einfacher. Seit 2017 hat sich die Zahl der Landesbediensteten von knapp 160.000 auf gut 177.000 (Ende 2023) erhöht.